



Flüchtlinge im Rhein-Erft-Kreis

Besuch in Erftstädter Flüchtlingsnotunterkunft

Gemeinsam mit dem Erftstädter Bürgermeister Volker Erner habe ich mir gestern vor Ort in Friesheim ein Bild von einer Notfallunterkunft für Asylbewerber gemacht. Politische Konsequenzen müssen gezogen werden.

In sieben von zehn Rhein-Erft-Kommunen sind den letzten Tagen in kürzester Zeit Einrichtungen geschaffen worden, um jeweils 150 Flüchtlinge unterzubringen und die Aufgaben der eigentlichen Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes zu übernehmen, die völlig überlaufen sind.

Dass Kommunen nun für die Erstunterbringung herangezogen werden, dokumentiert die Fehlplanung der Landesbehörden. Viel früher hätte man sich auf den Flüchtlingsstrom vorbereiten müssen. Sorge bereitet mir der Blick in die kommenden Monate: Die Kommunen erfüllen derzeit ihre Pflicht, aber sie können langfristig nicht die Arbeit der Regierung übernehmen. Das überfordert die örtlichen Ressourcen und Kompetenzen.

Die Städte mit Notunterkünften brauchen einen Stopp der Regelzuweisungen von Flüchtlingen in Kommunen. Man muss die Lasten fair auf alle Kommunen verteilen. Wir brauchen ein schnelleres Abschiebeverfahren von Wirtschaftsflüchtlingen, damit die Kriegsflüchtlinge und tatsächlich Asylberechtigten dann auch eine bessere Integration erhalten. Mittels einer parlamentarischen Kleinen Anfrage habe ich auch bereits nach, ob die Zusage des Landes eingehalten wird, die Kosten für die Notfalleinrichtungen zu 100% zu erstatten: <http://kurzlink.de/GG150814>.

Finanzierung des Ganztags

Landesregierung: Höhere Elternbeiträge für OGS-Plätze

Mit meinen CDU-Fraktionskollegen Petra Vogt und Klaus Kaiser wollte ich von der Landesregierung wissen, wie sie die Defizite bei der Finanzierung des offenen Ganztags (OGS) und den Fachkräftemangel beseitigen will. Hierzu hatte mich ein Hilferuf aus Bergheim erreicht.

Die enttäuschende Antwort: Die Eltern sollen die Leidtragenden der seit Jahren unzureichenden Finanzierung durch das Land sein. Um den OGS-Betrieb zu sichern, soll die Höchstgrenze für die Elternbeiträge von 150 auf 170 Euro pro Monat und Platz erhöht werden. Schulministerin Sylvia Löhrmann betont sogar, dass die Kommunen ihre OGS-Kosten über die Elternbeiträge refinanzieren können. Das zeugt von Ideenlosigkeit im Schulministerium. Zwar teilt die Ministerin auch mit, dass zum 1. Februar und 1. August dieses Jahres die Fördersätze jeweils um 1,5 Prozent angehoben wurden und diese Erhöhung künftig jeweils zu Schuljahresbeginn vorgesehen ist. Analog steigt aber auch der kommunale Eigenanteil.

Der schwarze Peter in Sachen Fachkräftemangel wird der Bundesregierung zugeschickt, die aktuell kein zusätzliches sonderpädagogisches Personal finanzieren wolle. Mehr dazu: <http://kurzlink.de/GG150810>

Straßen- und Radwegsanierung

Verkehrsminister löst Versprechen halbherzig ein

Auf wiederholtes Drängen meinerseits und der CDU Kerpen wurde zu Beginn der Sommerferien endlich das marode Stück der Landesstraße 162 zwischen Kerpen und dem Marienfeld saniert. Das war es aber auch – die Sanierung eines zweiten Abschnitts sowie eines kaputten Radwegs verzögert sich weiter.

Nach wiederholten parlamentarischen Kleinen Anfragen bei Verkehrsminister Michael Groschek wurde ein Abschnitt der L 162 nun erstaunlich schnell ausgebessert und ist wieder schlaglochfrei. In anderer Sache werden die Kerpener Bürger aber weiter hingehalten. Ein zweiter Abschnitt zwischen Kerpen und Gymnich soll in diesem Jahr nicht mehr saniert werden, und ob es 2016 klappt, steht in Frage. Das Land setzt offenbar andere Prioritäten. Die Zusage, den maroden Fahrradweg zwischen Buir und Blatzheim auszubessern, hält Groschek zudem nicht ein, obwohl dies für 2015 angekündigt war. Das ist schade und zeugt davon, dass man nicht auf Zusagen der Landesregierung setzen kann. Näheres: <http://kurzlink.de/GG150807>